



Universität Hamburg



Universitätsklinikum  
Hamburg-Eppendorf

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Gesundheit

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## STUDIE

Wie können aus Sicht der Angehörigen Zwangsmaßnahmen verhindert werden?

<https://ww3.unipark.de/uc/Angehoeigenbefragung/>

Sehr geehrte Angehörige,

im Zuge einiger psychischer Erkrankungen kann es zu zugespitzten Krisensituationen und infolgedessen zu psychiatrischen Zwangsmaßnahmen kommen. Hierzu zählen Zwangseinweisung, Zwangsmedikation, Isolierung, Fixierung oder Festhalten. Rechtlich sind solche Zwangsmaßnahmen nur als „letztes Mittel“ erlaubt, wenn im Vorfeld alle potentiell hilfreichen Maßnahmen zur Abwehr einer bestehenden Gefahr versucht worden sind. Jedoch ist bisher zu wenig erforscht, **welche Angebote hilfreich sind, um Krisensituationen zu deeskalieren, oder sie gar nicht erst entstehen zu lassen.**

Da ein Teil der potentiell hilfreichen Angebote Angehörige betrifft, kann ihre Perspektive helfen, die psychiatrische Praxis zu verbessern. Im Rahmen des BMG-geförderten Forschungsverbundes „Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im psychiatrischen Hilfesystem“ (ZVP) führen wir daher eine Befragung von Angehörigen, sowie Freund/innen, Partner/innen und engen Vertrauten von Menschen mit psychischen Erkrankungen durch.

Wir möchten Sie herzlich bitten, an dieser Befragung teilzunehmen und Ihre Erfahrungen an uns weiterzugeben, wenn Sie eine/n psychisch erkrankte/n Angehörige/n haben, der/die im letzten Jahr Zwangsmaßnahmen erlebt hat.

Miriam Peetz, Kolja Heumann & Prof. Dr. Tania Lincoln

Durch Scannen des QR-Codes  
kommen Sie direkt zur Umfrage.  
Alternativ geben Sie den oben  
angegebenen Link in die  
Adressleiste Ihres Browsers ein.



Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Miriam Peetz unter [Angehoeigenbefragung\\_Zwangsvermeidung@web.de](mailto:Angehoeigenbefragung_Zwangsvermeidung@web.de)